

Flughafen oder nur noch Landeplatz

Grundsatzvotum über
Kassel-Calden steht an

ler. CALDEN. Die Zukunft des umstrittenen Flughafens Kassel-Calden ist ungewiss. Bis Ende dieses Jahres will das schwarz-grüne Regierungsbündnis in Hessen eine Grundsatzentscheidung treffen, bei der es letztlich darum geht, ob der Airport zu einem Verkehrslandeplatz zurückgestuft wird, um das Defizit zu verringern. Auf einem Verkehrslandeplatz wären der Flugbetrieb und der damit verbundene Aufwand deutlich geringer als auf einem Flughafen, beispielsweise müsste es in Calden dann keine eigene Feuerwache mehr geben. Ganz ohne öffentliche Zuschüsse ließe sich der Betrieb allerdings auch dann nicht sicherstellen.

Die hessischen Grünen haben den 280 Millionen Euro teuren Ausbau des früheren Verkehrslandeplatzes Calden zum Regionalflughafen von Anfang an kritisch gesehen. In einer Landtagsdebatte Mitte vergangenen Jahres nannte die nordhessische Grünen-Abgeordnete Karin Müller den Flughafen ein „unnötiges Prestigeobjekt“. Weil keine Aussicht bestehe, den Airport ohne Millionenzuschüsse des Landes zu betreiben, gehe es nun vor allem um Schadensbegrenzung, sprich eine Minimierung der öffentlichen Förderung. Der hessische Finanzminister Thomas Schäfer (CDU), der auch Aufsichtsratsvorsitzender der Caldener Flughafen GmbH ist, weist indes darauf hin, dass die Reduzierung des Flughafenbetriebs den Verlust von Arbeitsplätzen nicht nur am Flughafen selbst, sondern auch bei dort angesiedelten Unternehmen und Zulieferbetrieben hätte. Neben der Gemeinde Calden mit sechs Prozent hält das Land 68 Prozent der Flughafenanteile. Je 13 Prozent sind im Besitz von Stadt und Landkreis Kassel.

Die Landesregierung will bei ihrer Entscheidung externe Sachverständige hinzuziehen und die Bilanz des Sommers sowie Erkenntnisse aus dem von November an geltenden neuen Flugplan berücksichtigen. Auch das Flugangebot für den Sommer 2018 werde eine Rolle spielen, heißt es im Finanzministerium, denn es gehe nicht zuletzt darum, die Entwicklungsperspektiven von Kassel-Calden zu bewerten.

Der Flughafen in der nordwestlich von Kassel gelegenen Gemeinde Calden verzeichnete im vergangenen Jahr ein Defizit von 6,18 Millionen Euro; im Jahr 2014 waren es noch 8,1 Millionen. Inzwischen hat die im Frühjahr 2016 gegründete Fluglinie Sundair in Calden jedoch einen Airbus A 320 stationiert und für den Sommer nächsten Jahres ein erweitertes Flugangebot angekündigt. Es gibt zudem eine Vereinbarung über eine langfristige Zusammenarbeit zwischen dem Flughafen, Sundair und dem Reiseveranstalter Schauinsland. Das Unternehmen Schauinsland ist mit 50 Prozent an Sundair beteiligt und sorgt mit seinen Urlaubern für die Grundauslastung von deren Maschinen. Dadurch sind nach Einschätzung vieler Beobachter die Aussichten gestiegen, dass der Airport weiter als Verkehrsflughafen betrieben werden kann.

Allerdings verzeichnete Kassel-Calden bis September trotz aller Bemühungen im Vergleich zum Vorjahr ein Minus bei den Passagierzahlen. In den ersten neun Monaten dieses Jahres flogen von Calden aus rund 43 400 Personen ab, im Vergleichszeitraum des Vorjahres waren es rund 2000 mehr, 2015 sogar 6500 mehr. Eine Flughafensprecherin wiederum weist darauf hin, dass das Geschäft in den Sommermonaten für sich genommen deutlich besser gelaufen sei. Im dritten Quartal dieses Jahres starteten und landeten demnach rund 31 800 Passagiere in Calden; das ist ein Drittel mehr als 2015 und gut ein Viertel mehr als 2016. Seit Juli gebe es mit den Passagierzahlen derart bergauf, heißt es, dass für Jahr 2017 sogar mit einer Steigerung im Vergleich zum Vorjahr zu rechnen sei.

Grundschulen: Noch 75 Stellen unbesetzt

ler. WIESBADEN. Die Landtagsopposition wirft Kultusminister Alexander Lorz (CDU) Versagen vor, weil die freien Lehrerstellen an den knapp 1100 hessischen Grundschulen wohl bis zum Ende des Schuljahres nicht alle besetzt werden können. Derzeit haben sich nach Angaben des Kultusministeriums für rund 75 Stellen noch keine Bewerber gefunden. SPD, Linke und FDP halten Lorz vor, zu spät gehandelt zu haben. Christoph Degen (SPD) sprach gestern von einem „Versagen mit Ansage“, weil der Verwaltung sechs bis sieben Jahre im Voraus bekannt sei, wie viele Grundschüler zu erwarten seien. Das vollmundige Versprechen des Ministers, bis zu den Herbstferien alle Stellen besetzen zu können, habe sich als „heiße Luft“ erwiesen, äußerte Wolfgang Greilich (FDP). Die Linken-Abgeordnete Gabi Faulhaber forderte, das Lehramt an Grundschulen attraktiver zu machen.

Abschied, bevor das Leben beginnt

In Offenbach gibt es eine Selbsthilfegruppe für Eltern von Kindern, die im Mutterleib, während oder kurz nach der Geburt gestorben sind.

Von Marie Lisa Kehler

OFFENBACH. Als das Feld umgegraben war, lagen sie beide erschöpft im Gras und ließen zum ersten Mal seit Monaten einen Hauch von Glück zu. Kurz darauf wurde auch dieser Moment durch eine SMS zerstört. Es brauchte nur 160 Zeichen, um Joshua Hefner zu kündigen. Einen Mitarbeiter, dem die Seele schmerzte, konnte und wollte sich der kleine Friseurbetrieb, in dem der trauernde Vater arbeitete, nicht mehr leisten.

Hefner hatte wenige Wochen zuvor seinen Sohn verloren. Der starb während der Geburt. Um seiner Frau in den Wochen danach zur Seite zu stehen und um den Verlust selbst zu verarbeiten, hatte sich der Vater krankschreiben lassen. Er konnte sich in dieser Zeit schlichtweg nicht vorstellen, jeden Tag acht Kunden die Haare zu schneiden und sich dabei über Belanglosigkeiten auszutauschen. Sein Sohn war tot. Das war nicht banal, das war nicht belanglos. Das war die Wirklichkeit. Mit seiner Frau Jessica und seinem vier Jahre alten Sohn zog sich Joshua Hefner auf einen Bauernhof in Bayern zurück. Seine Krankmeldung kostete ihn den Job.

Mittlerweile ist der 30 Jahre alte Familienvater dankbar um jede noch so bittere Erfahrung, die er in den vergangenen Monaten sammeln musste. Seine Frau und er haben eine neue Sicht auf das Leben. Sie schätzen die kleinen Dinge im Alltag. Zuvor mussten beide jedoch lernen, dass es kaum Anlaufstellen für Mütter und Väter gibt, die für ihr verstorbenes Kind nie richtig Eltern sein konnten. Daher haben Jessica und Joshua Hefner die Selbsthilfegruppe „Unsere Sternenkinder Rhein-Main“ gegründet. Einmal im Monat treffen sich dort verwaiste Mütter und Väter, deren Kinder in der Schwangerschaft, während der Geburt oder innerhalb der ersten Lebenswochen gestorben sind. Für Joshua Hefner war die Gründung der Selbsthilfegruppe besonders wichtig. Denn für trauernde Väter, so sagt er, gebe es kaum Hilfsangebote.

Die Hefners trauern um ihren Sohn Jona Immanuel. Er war eine Woche nach dem errechneten Geburtstermin zur Welt gekommen und wog trotzdem kaum mehr als 1500 Gramm. Jonas Leben? Gab es das überhaupt? Darf man überhaupt von Leben sprechen, wenn das eigene Kind ohne Schrei, ohne Herzschlag, ohne Zukunft auf die Welt kommt? Jessica und Joshua Hefner tun das. Weil sie sich neun Monate lang auf die Ankunft ihres Sohnes vorbereitet hatten, weil sie seine Tritte spürten und ihm einen Namen gaben.

Und Jona hat Spuren in ihrem Leben hinterlassen. Narben, die vielleicht irgendwann einmal verblassen, aber nie verschwinden werden. Jona hat sie als Paar enger zusammengeführt. „Ich hatte eine ganze Schwangerschaft mit ihm und ich habe viel von ihm gelernt“, sagt Jessica Hefner. Er habe sie dazu gebracht, ihr Leben zu überdenken und sich zu fragen: „Bin ich glücklich?“



Trauerarbeit: Jessica und Joshua Hefner haben die Selbsthilfegruppe „Unsere Sternenkinder“ gegründet.

Fotos Frank Röth

Jessica Hefner war es nicht. Drei Tage, nachdem sie ihre Arbeit in einer Grafik-Agentur wieder aufgenommen hatte, kündigte sie. „Mir war das Design von Müslipackungen nicht mehr wichtig“, sagt sie. Stattdessen nahm sie einen Job als Kellnerin an. „Man trägt Teller und Gläser, es ist banal und schadet keinem“, sagt sie und lacht. Die Arbeit war das, was sie in den Monaten nach dem Tod ihres zweiten Kindes brauchte. Viel Kon-

Foto des kleinen Körpers steht auf einem Schränkchen, davor eine Kerze. Jona gehört zu den Hefners. Genau wie sein Bruder, der vier Jahre alte Jakob. Werden sie gefragt, wie viele Kinder sie haben, antworten sie immer „zwei“. Zwei Jungs. Nur einer lebt.

Schon während der Schwangerschaft wusste das Paar, dass Jona besonders sein würde. Denn schon lange bevor die Ärzte etwas feststellen konnten, hatte Jessica

Trauer überschattet, aber auch von einer großen Einigkeit in der Ratlosigkeit. Ein Abbruch der Schwangerschaft kam für das Paar nie in Frage. „Jona sollte entscheiden, wie lange er bleibt“, sagt die Mutter. Das Paar wollte seinem Sohn die Chance auf ein Leben geben, auch auf eines mit Behinderung. Aber nicht um jeden Preis. Das Paar entschied früh, dass Jona keine lebensverlängernden Maßnahmen bekommen würde, sollte sich sein Zustand nach der Geburt verschlechtern. „Ich wollte ihn an keine Maschinen anschließen, die ich später vielleicht abstellen muss“, sagt Jessica Hefner.

Eine Schwangerschaft bedeutet Leben. Für die Hefners bedeutete sie auch die Auseinandersetzung mit Tod und Behinderung. Gemeinsam gingen sie noch vor dem Geburtstermin zu einem Bestatter. Sie wollten vorbereitet sein auf all das, was auf sie zukommen könnte. Und während andere Eltern in den Wochen vor der Geburt das Kinderzimmer einrichten, filzte Jessica Hefner einen Kokon, in dem sie ihren Sohn bestatten wollte, sollte er die Geburt nicht überleben. „Ich konnte mir nicht vorstellen, mein Kind in einen Sarg zu packen“, sagt sie. Statt eine Baby-Erstausstattung zu kaufen, beantragten sie bei der Krankenkasse eine Sauerstoffmaske für Frühgeborene und ein Absaug-Set.

Der neunte Schwangerschaftsmonat brach an. Jona hielt sich stabil. Er wuchs nur langsam, aber er lebte. Doch die Geburt war zu viel für seinen kleinen Körper. Jona starb noch im Mutterleib. Die Hefners nahmen ihn in seinem Kokon-Bettchen mit nach Hause, gaben Freunden und Familie die Zeit, ihn willkommen zu heißen und sich gleichzeitig von ihm zu verabschieden. Es waren intensive Stunden. Stunden, die Jessica Hefner trotz der Trauer genießen konnte: „Jona hat uns gelehrt, im Moment zu leben und die Dinge so anzunehmen, wie sie sind.“

Die Selbsthilfegruppe trifft sich jeden letzten Mittwoch im Monat um 19.30 Uhr in den Räumen der Lutherkirche, Waldstraße 74, Offenbach. Kontakt: info@unsere-sternenkinder-rhein-main.de



Spuren: Fußabdrücke des toten Sohns

takt, viel frische Luft, keine Verantwortung. Knapp zehn Monate nach dem Tod von Jona fällt es dem Paar noch immer schwer, sich an die Momente in der Schwangerschaft zu erinnern, als aus einer ersten Vermutung niederschmetternde Gewissheit wurde.

Eng sitzen Jessica und Joshua auf dem Sofa ihrer gemütlichen Wohnung. Es gibt Kaffee mit Sojamilch, dazu Datteln. Alles in dieser Wohnung hat seine Geschichte, alles hat seinen Platz. Auch Jona. Ein

Hefner das Gefühl, dass etwas nicht stimmte. Nicht stimmen konnte. Ihr Bauch wuchs nicht. Und Jona war so ruhig. Nur ein bisschen Leben. Es folgten Untersuchungen, schließlich kam die Diagnose: Jona litt an einer seltenen Chromosom-Anomalie. Ob er die Schwangerschaft, die Geburt oder die ersten Tage überleben würde, konnte den Hefners niemand sagen. Mit welcher Behinderung zu rechnen sein würde, auch nicht. Die Vorfreude auf das Baby wurde von Sorge und

Künftig weniger Strom von Staudinger

Sommerpause für Kraftwerksblock 5 soll keinen Einfluss auf Fernwärme-Versorgung für Hanau haben

GROSSKROTZENBURG. Wenn der Energieversorger Uniper im nächsten Sommer sein Vorhaben verwirklicht, Block 5 beim Kraftwerk Staudinger vorübergehend abzuschalten, wird keiner der fünf Kraftwerksblöcke am Mainufer von Großkrotzenburg mehr regulär laufen. Dennoch entsteht dort kein Geisterkraftwerk auf Zeit. Zahlreiche Funktionen werden weiterlaufen, vor allem muss das Kraftwerk seiner Verpflichtung nachkommen, die Verträge zur Belieferung seiner Kunden mit Fernwärme zu erfüllen. Ende vergangener Woche teilte Uniper der Bundesnetzagentur und dem Netzbetreiber Tennet mit, der Konzern wolle mit dem letzten kohlebetriebenen Block 5 zunächst in den Jahren 2018, 2019 und 2020 jeweils von Anfang Juni bis Ende August keinen Strom mehr produzieren (F.A.Z. vom 21. Oktober). Einen hohen einstelligen Millionenbetrag will das Unternehmen dadurch einsparen. Ob es so kommen wird, ist noch nicht hundertprozentig sicher. Die Lage könnte sich noch ändern, wenn Tennet und die Bundesnetzagentur die „Systemrelevanz“ attestieren würden, sagt Unternehmenssprecher Georg Oppermann. Innerhalb der nächsten vier Wochen werde geprüft, ob Block 5 die Voraussetzungen dafür erfüllt. „Systemrelevant“ ist ein Stromerzeuger dann, wenn eine dauerhafte Stilllegung des Kraftwerks „mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer nicht unerheblichen Gefährdung oder Störung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems“ führen würde.

Schon außer Betrieb sind seit drei und vier Jahren die Kohleblöcke eins bis drei. Die Pläne für den Bau eines leistungsstarken sechsten, kohlebetriebenen Kraftwerksblocks, der die veralteten Blöcke ersetzen sollte, wurden im Jahr 2012 in den Akten gelegt. Der vierte Kraftwerksblock von Staudinger wird mit Gas befeuert. Er ist als systemrelevant eingestuft und wird von Tennet mit dem Personal von Uniper auf „Standby“ gehalten. Der Gasblock ist Oppermann zufolge ein moderner, leistungsstarker Block, der im Bedarfsfall schnell hoch- und wieder heruntergefahren werden kann. Deshalb lehne der Netzbetreiber die von Staudinger gewünschte Abschaltung ab. Kraftwerksleiter Matthias Hube, der gestern nicht zu erreichen war, hatte kürzlich in einem Pressegespräch die hohen Kosten beklagt, die Staudinger durch die Vorhaltung des Gasblockes entstünden.

Durch die temporäre Abschaltung des fünften Kraftwerksblocks will Uniper laut Oppermann Vorhaltungskosten sowie Ausgaben für Wartung und Personal einsparen. Ein gutes Dutzend Stellen könnte dadurch wegfallen. Derzeit sind bei Staudinger etwa 130 Mitarbeiter beschäftigt. Die wenigsten wären von einer Sommerpause von Block 5 betroffen, so Oppermann. Sollte es zu einem betriebsbedingten Stellenabbau kommen, wolle das Unternehmen diesen sozialverträglich gestalten.

Von der Nachricht aus der Konzernzentrale in Düsseldorf „überrascht“ zeigte sich der Geschäftsführer der Hanauer Stadtwerke, Steffen Maiwald. Die Stadt-

werke sind die größten Bezieher der Fernwärme von Staudinger und waren im Jahr 2014 neben Großkrotzenburg die Hauptleidtragenden bei einem monatelangen Ausfall der Fernwärme. Damals musste nach einer schweren Explosion im Kesselhaus der fünfte Block für acht Monate stillgelegt werden. Die Instandsetzung kostete seinerzeit um die 25 Millionen Euro. Die Hanauer Stadtwerke behalten sich in dieser Zeit, indem sie Strom in kleinen eigenen Heizwerken produzierten, was erhöhte Kosten verursachte. Als Konsequenz beschlossen die Stadtwerke, sich durch den Ausbau der eigenen Stromproduktion langfristig unabhängiger von Staudinger zu machen.

Inzwischen gibt es zwei Heizwerke im Stadtteil Wolfgang und eines in Kesselstadt. Dieser Prozess soll fortgesetzt werden. Der Vertrag über die Fernwärmelieferung mit Staudinger läuft bis 2024, doch darauf allein will man nicht mehr setzen, sagt Maiwald. Laut Uniper-Sprecher Oppermann wird die Fernwärmeversorgung bei einer temporären Abschaltung aber gesichert sein. Technische Details nannte er nicht. Maiwald geht davon aus, dass die Zusage von Uniper zutrifft und dass sich technisch und kaufmännisch für die Stadtwerke keine Nachteile ergeben. Zur Sicherstellung der Versorgung seien die Stadtwerke gegebenenfalls zur Hilfe bereit. Er habe ein Gespräch mit der Unternehmensführung gebeten, so Maiwald gestern. Auch wenn im Sommer nur etwa 20 Prozent der Fernwärme gebraucht würden, die man im Winter beziehe, müsse die Versorgung durchgehend sicherge-

stellt sein. Genutzt werde sie beispielsweise für warmes Wasser in rund 19 000 Haushalten der Stadt und für Produktionsprozesse in mehreren großen Hanauer Unternehmen.

Die hessischen Grünen freuen sich hingegen über die Ankündigung von Uniper. Die Pläne seien der Beweis dafür, dass die Energiewende vorankomme. Der Betrieb eines Kohlekraftwerks lohne sich im Sommer auch deshalb nicht mehr, weil dann viel sauberer Strom aus Sonnenenergie auf dem Markt sei, schreibt Angela Dorn, energiepolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion. Dadurch werde immer weniger Strom aus Kohle benötigt und die Preise, die die Versorger auf dem Strommarkt damit erzielen könnten, seien nicht mehr kostendeckend.

Dass die wirtschaftliche Lage von Staudinger nicht erfreulich ist, daraus macht die Kraftwerksleitung keinen Hehl. Im Frühjahr berichtete Hube von den Bemühungen, zur Zukunftssicherung des Standorts ungenutzte Flächen am Großkrotzenburger Mainufer zu vermarkten. Zur Verfügung stehe ein Areal von insgesamt rund zehn Hektar (F.A.Z. vom 13. Mai). Neu genutzt werden könnte unter anderem ein 2,5 Hektar großes Areal in der Nähe der Limesbrücke, das einst für den Bau von Block 6 reserviert war, sowie ein sieben Hektar großes Gelände, seinerzeit vorgesehen für den Bau eines zweiten Kohlelagers zur Versorgung des sechsten Blocks. Als Idee nannte der Kraftwerksleiter im Mai unter anderem den Bau von Gewächshäusern für den Anbau von Tomaten. LUISE GLASER-LOTZ

HESSEN

Lichtarmer Leuchtturm

Von Ralf Euler



Knapp fünf Jahre nach der Eröffnung ist es um den vom früheren Ministerpräsidenten Roland Koch (CDU) als „Leuchtturm-Projekt“ propagierten Flughafen Kassel-Calden noch immer zappenduster. Der Airport, der Nordhessens „Tor zur Welt“ werden und der Region Flügel verleihen sollte, hat sich als teures Millionengrab erwiesen.

Bei der feierlichen Inbetriebnahme im Frühjahr 2013 hieß es noch, dass in Calden binnen zehn Jahren 640 000 Passagiere registriert und schwarze Zahlen geschrieben werden könnten. Tatsächlich gab es im vergangenen Jahr nicht einmal 55 000 Passagiere, und das Defizit betrug gut sechs Millionen Euro. Statt von einer „schwarzen Null“ ist inzwischen nur noch von einer Reduzierung des Jahresfehlbetrages die Rede.

Weil aber der Bau des 280 Millionen Euro teuren Flughafens nicht rückgängig gemacht werden kann, hat die CDU/Grünen-Koalition in Hessen vereinbart, dass die Zuschüsse aus dem Landeshaushalt kontinuierlich sinken müssen. Ende des Jahres steht nun die Entscheidung an, ob eine Verlustminimierung nur noch durch die Rückstufung des Flughafens zum Verkehrslandeplatz sicherzustellen ist. Doch auch damit wären die Probleme nicht gelöst, denn selbst der personell reduzierte Betrieb eines Verkehrslandeplatzes würde das Land noch eine Menge Geld kosten. Gleichzeitig wären die immerhin in Mafien feststellbaren positiven Auswirkungen auf die regionale Wirtschaft dahin.

SPD und FDP im Landtag warnen davor, dass eine Degradierung zum Verkehrslandeplatz finanziell keine entscheidende Verbesserung bringen, dem Flughafen aber jede Entwicklungschance nehmen würde. Die Abgeordneten der CDU denken mehrheitlich genauso, halten sich aber mit Rücksicht auf ihren Calden-kritischen Koalitionspartner mit öffentlichen Bekundungen bisher zurück. Die Grünen, die zu Oppositionszeiten vor dem drohenden Stromausfall im nordhessischen „Leuchtturm“ gewarnt haben, tun sich naturgemäß schwer, sich als Regierungspartei jetzt auf die Seite der Calden-Befürworter zu schlagen.

Am Ende wird der kleine Koalitionspartner aber wohl akzeptieren müssen, dass der Weiterbetrieb des umstrittenen Airports volkswirtschaftlich und auf ganz lange Sicht effizienter sein könnte als ein nur unwesentlich weniger defizitärer Verkehrslandeplatz. So absurd es klingen mag: Die Verantwortlichen in Kassel-Calden werden mit tatkräftiger Unterstützung des Landes weiterwursteln können, obwohl sie zur Genüge bewiesen haben, dass in Nordhessen kein Bedarf für einen Regionalflughafen besteht.

Hooligan-Überfall wird neu verhandelt

sug. MAINZ. In einem Punkt sind sich Staatsanwaltschaft und Verteidigung einig: Beide Seiten halten das Urteil des Amtsgerichts Mainz für nicht angemessen. Sebastian Münzenmaier, der rheinland-pfälzischen Spitzenpolitiker der Alternative für Deutschland (AfD), war in der vergangenen Woche zu einer Haftstrafe von sechs Monaten auf Bewährung sowie einer Geldstrafe in Höhe von 10 000 Euro verurteilt worden. Dem frisch gewählten Bundestagsabgeordneten wird vorgeworfen, sich vor fünf Jahren als ortskundiger „Lotse“ an einem Hooligan-Überfall beteiligt zu haben, bei dem etwa 50 Anhänger des 1. FC Kaiserslautern vor dem Bruchwegstadion Fans des FSV Mainz 05 angegriffen hatten.

Er habe seinen Anwalt angewiesen, Berufung einzulegen, ließ der 28 Jahre alte Beschuldigte in einer über die sozialen Netzwerke verbreitete Mitteilung wissen. Gestern gab dann auch die Staatsanwaltschaft bekannt, dass die den Fall noch einmal vom Landgericht bewertet wissen möchte. Die Anklage hatte für Münzenmaier eine Bewährungsstrafe von acht Monaten gefordert. Münzenmaier wird heute als Mitglied der AfD-Fraktion an der konstituierenden Sitzung des Bundestages in Berlin teilnehmen. Die gegen ihn verhängte Bewährungsstrafe hat keine rechtlichen Auswirkungen auf sein über die Landesliste errungenes Mandat als Abgeordneter.